

Zur Wirtschaftslage

Von Prof. Dr. G. Menz

Italiens Kriegseintritt — Zur Preispolitik — Papierwirtschaftliches

Mit dem Eintritt unseres italienischen Bundesgenossen in den Krieg ist auch in wirtschaftlicher Hinsicht eine weitere, folgenschwere Entscheidung gefallen. Nachdem das Mittelmeer als Gefahrenzone bereits in der Vorbereitungszeit die Zurückziehung der englischen Schifffahrt erlebt hatte, ist es nunmehr als Kriegsgebiet dem Wirtschaftsverkehr selbstverständlich völlig gesperrt. Das bedeutet für England und Frankreich nicht nur die Abschneidung von kriegswichtigen Versorgungsgebieten im nahen Orient, sondern auch den Zwang zum Verzicht auf alle wirtschaftlichen Kampfziele hinsichtlich des Balkans. Aber auch die Freunde der Westmächte, wie die Türkei, werden die Folgen verstärkt zu spüren haben. Irgendwelche Rückwirkungen auf die Versorgung Deutschlands aus den Südostgebieten sind um so weniger zu befürchten, als alle bisherigen Erklärungen deutlich erkennen lassen, daß der Friede dort gewahrt bleiben soll. Dafür hat die zwischen Italien und Sowjet-Rußland erreichte Verständigung wesentlich mit vorgesorgt. Die wirtschaftliche Rückwirkung auf England und Frankreich ist durch zahlreiche Kennzeichen belegt. Die Notierung des englischen Pfund ist bekanntlich bereits an vielen Stellen eingestellt. Die New Yorker Börse hat erneut schwere Erschütterungen erfahren, und es mehren sich dort die Stimmen, die bereits offen mit der Niederlage der Westmächte rechnen. An der Entwicklung der Währungsverhältnisse ist mit am anschaulichsten abzulesen, wie die Träume Londons sich verflüchtigt haben. Als es einst den Sterlingblock aufbaute und mit dem erweiterten Abkommen von Washington die Länder, die über 80% der Weltgoldvorräte verfügten, als Trabanten seiner Führung unterwarf, konnte darin auch die Koalition erkannt werden, die England gegen Deutschland zusammenzubringen strebte. Das Gold ist nun fast restlos in die amerikanischen Schatzgewölbe gewandert, aber der Währungsblock liegt in Trümmern und ist für England kein Machtmittel mehr.

Zur deutschen Preispolitik ist vor kurzem im »Deutschen Volkswirt« ein Aufsatz veröffentlicht worden, der zweifelsohne Beachtung verdient. Der Verfasser geht davon aus, daß es nur eine dynamische Preisbildung geben könne und daß infolgedessen der alte einfachere Grundsatz des Preisstopps durch ein verfeinertes Verfahren ersetzt werden müsse. Er spricht von einem, auf betriebswirtschaftlichen Grundlagen errechneten Selbstkostenindex, der nach seiner Ansicht den Durchschnitt der Selbstkosten einer Branche auszudrücken hätte. Die Kölnische Volkszeitung bemerkt dazu: »An dieser Stelle kann der Vorschlag Figges nicht im einzelnen erörtert werden. Interessant ist auf jeden Fall die klare Unterstreichung der Notwendigkeit, auch das Preisniveau nicht erstarren zu lassen, sondern es ständig den veränderten Selbstkosten auch nach unten hin anzupassen.«

Es liegt im Wesen des Krieges, daß er infolge der Verlagerung der Produktion auf kriegswichtige Gegenstände und andererseits der Verknappung gewisser Waren infolge einer beschränkteren Einfuhr wie etwa auf dem Gebiete der Lebensmittel preissteigernde Tendenzen im Gefolge hat. Ebenfalls bedingen der Rückgriff auf im Lande vorhandene Rohstoffe sowie die Verlagerung des Verkehrs Kostensteigerungen. Die Preispolitik hat nun nicht etwa ihre Aufgabe darin gefunden, an diesen wirtschaftlich vorhandenen Gegebenheiten vorbeizusehen, sondern sie hat sich bemüht, die vorhandenen Probleme zu lösen. Von vornherein schaltete selbstverständlich eine Erhöhung der Gewinnspanne des Handelstreibenden aus. Andererseits mußte festgestellt werden, inwieweit eine Erhöhung der Selbstkosten von den von ihr betroffenen Betrieben getragen werden, oder aber wie ein Kostenausgleich auf anderem Wege gefunden werden konnte.

Grundsatz der deutschen Preispolitik ist geblieben, daß grundsätzlich derjenige die Mehrkosten zu tragen hat, bei dem sie entstanden sind. Nur auf diese Weise läßt sich eine allgemeine Preissteigerung verhindern. In seinem grundlegenden Rund-erlaß Nr. 37/40 vom 3. April 1940 hat der Reichskommissar für die Preisbildung noch einmal die grundsätzlichen preispolitischen Richtlinien zusammengefaßt. Welche Anforderungen der Preis-kommissar für die Genehmigung von Preiserhöhungsanträgen stellt, erhellen etwa die folgenden Sätze: Es ist unbedingt erforderlich, daß die Preise auf der vor dem Kriege geltenden Höhe gehalten werden... Eine Abwälzung von Kostenerhöhungen kann nur zugelassen werden, wenn dies in Sondervorschriften ausdrücklich vorgesehen ist oder entsprechende Ausnahmegewilligungen erteilt worden sind. Solche Ausnahmegewilligungen kommen jedoch nur dann in Betracht, falls die Weiterführung des Betriebes des Antragstellers ohne die Bewilligung gefährdet würde, die Aufrechterhaltung des Betriebes aber volkswirtschaftlich gerechtfertigt erscheint. Und weiter fordert der Preis-kommissar, daß in den Fällen, wo der Wert einer Leistung verringert ist und durch diesen Umstand Einsparungen erzielt werden, diese in Form von Preisherabsetzungen dem Käufer zugute kommen. Es wird die Aufgabe der Preisüberwachungs- und Preisbildungsstellen sein, diese letztere Forderung in der Praxis des Alltags zu verwirklichen. Denn von ihrer Erfüllung wird gerade die Kaufkraft breiterer Schichten der Bevölkerung aufs stärkste berührt.«

Nachrichten über den Buchhandel in den Feindländern und seine Lage unter den Kriegseinflüssen werden immer spärlicher. Man kann sich aber ohnehin selbst vorstellen, wie die Vorgänge, die sich jetzt in und um Paris abspielen, sich auch auf den französischen Verlagsbuchhandel auswirken müssen, der ja zu mehr als 80% in der Hauptstadt konzentriert ist. Schwer ist er vor allem durch die Papierknappheit getroffen, die zu rigorosen Einschränkungsmaßnahmen gezwungen hat. In England sieht es wenig besser aus. Auch hier hat Deutschland richtiger vorgesorgt und mit seinen Rationalisierungsmaßnahmen sichergestellt, daß chaotische Zustände nicht eintreten können, vielmehr ein gesundes Weiterarbeiten gewährleistet bleibt. Daß sich trotzdem gewisse Einschränkungen ergeben, versteht sich von selbst. Man wird auch wohl dem Rechnung tragen müssen, daß sich mit dem Einschränken der Neuproduktion auf das wirklich Notwendige zwangsläufig zugleich die Umsätze entsprechend anpassen werden. Das wiederum kann nicht ohne Einfluß auf die Kostengestaltung bleiben. Die fixen Kosten wirken sich bei verringerter Kapazitätsausnützung progressiv aus. Es kann aber kein Zweifel bestehen, daß durch richtige Rationalisierungsmaßnahmen hier wenn auch nicht ein völliger Ausgleich, so doch Vorkehr gegen bedenkliche Belastung erzielt werden kann und muß.

Verleger, beachtet bei der Auslieferung genau die Liefervorschriften des Buchhändlers!

Vergeßt nicht, auf den Rechnungen die Kommissionäre der Empfänger, die Bestellnummern oder Bestellzeichen anzugeben!

Gebt auf den Rechnungen das Postscheckkonto so deutlich an, daß nicht erst danach gesucht werden muß!

Meldet dem Buchhändler unverzüglich in jedem Falle Lieferhindernisse!
